

11.10.2011 - 11:59 Uhr

Keine Non-Stop-Arbeit in Tankstellenshops!/ Wieso eine Vernehmlassung, wenn man deren Ergebnisse ignoriert?

Bern (ots) -

Die Organisationen der Arbeitnehmenden, der kleinen Geschäfte, des Gastgewerbes, der Kirchen, der Jugend und fast alle Kantone, die Arbeitsmediziner und die FMH sind gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops, wie die Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative Lüscher (FDP, GE) zeigt. Das unterschlägt die Mehrheit der Nationalrätlichen WAK, die heute die Parlamentarische Initiative Lüscher verabschiedet hat und so nichts als Verachtung für die betroffenen Arbeitnehmenden, aber auch für die sich ablehnend äussernden Organisationen zeigt.

Die von Lüscher verlangte Non-Stop-Öffnung von Tankstellenshops bedeutet Nacht- und Sonntagsarbeit, mehr Stress und schlechtere Arbeitsbedingungen für das direkt betroffene Personal, aber auch für jenes weiterer Bereiche (Reinigung, Lieferung, Sicherheit). Der arrogante Entscheid zeigt, dass es der Kommissionsmehrheit nur um einen Schritt zum "endgültigen" Ziel geht: der Liberalisierung sämtlicher Arbeitszeiten. Einen weiteren Schritt dahin hat der Nationalrat mit der Annahme einer Motion Hutter (FDP, ZH) gemacht Diese will den Kantonen erlauben, bei der Festlegung von Ladenöffnungszeiten vom bundesgesetzlichen Arbeitnehmerschutz abweichen zu können.

"Wir erwarten, dass der Nationalrat die Vernehmlassung und damit den grossen Widerstand der Kantone endlich zur Kenntnis nimmt", fordert SGB-Vizepräsidentin und Unia-GL-Mitglied Vania Alleva. Und SGB-Zentralsekretär Jean Christophe Schwaab fügt bei: "Den Gewerkschaften geht es nicht um einen alten Zopf, sondern um konkreten Schutz der Gesundheit und des Privatlebens des betroffenen Personals."

Kontakt:

- Jean Christophe Schwaab, SGB-Zentralsekretär, 078 690 35 09;
- Vania Alleva, SGB-Vizepräsidentin, GL Unia, 079 620 11 14

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100705576> abgerufen werden.